

BESCHLUSSPROTOKOLL

Gremium	Sitzung am	Seiten insgesamt
Stadtrat	17.06.2025	

Sitzungsort	im Ratssaal des Rathauses, Mannheimer Str. 24
Sitzungsdauer	17:00 - 21:23 Uhr

öffentliche und nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil des Protokolls sind.

Vorsitzende

Schriftührerin

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Die Tagesordnung ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu dieser ordnungsgemäß, unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit im Sinne des § 39 Gemeindeordnung (GemO) liegt vor.

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Das Gremium beschließt die Ergänzung der Tagesordnung in der neuen Fassung:

Die Tagesordnung wird im nichtöffentlichen Teil um einen neuen Tagesordnungspunkt 18 „Einstellung einer Mitarbeiterin für die Beratungsstelle für Alleinerziehende und Frauen“ ergänzt.

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte „Informationen“ und „Anfragen“ werden entsprechend zu Tagesordnungspunkten 19 und 20.



Tagesordnung:Öffentliche Sitzung:

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Änderung der Hebesatzsatzung
- 3 Änderung der Vergnügungssteuersatzung
- 4 Beratung und Beschluss über die Nachtragshaushaltssatzung 2025 mit Haushaltsplan und den entsprechenden Anlagen
- 5 Parkraumbewirtschaftung Limburg
hier: Einführung von Parkgebühren
- 6 Gebührenordnung für die Benutzung von Parkplätzen in der Stadt Bad Dürkheim
- Einführung von Parkgebühren auf dem Limburg-Parkplatz
- Aufhebung der Gebührenfreiheit für E-Fahrzeuge
- 7 Änderung der Verbandsordnung für den Zweckverband Pfalzmuseum für Naturkunde, Pollichia-Museum
- 8 Zukünftiger Betrieb der öffentlichen Waage im Ortsteil Ungstein
hier: Beschluss über den weiteren Betrieb
- 9 Benennung des Platzes vor dem Bürgerhaus/der Turnhalle Hardenburg in "Alter Schulhof"
- 10 Neubesetzung in städtischen Ausschüssen und im Klimabeirat
- 11 Sachstand Therme
- 12 Eintrittspreise Therme
- 13 "Förderung der Gleichstellung durch weibliche Straßennamen in Bad Dürkheim"; Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 9.6.2025
- 14 Informationen
- 15 Anfragen

Anwesenheitsliste

Stadtrat
vom 17.06.2025

Bürgermeisterin:

Bauernschmitt, Natalie

Erster Beigeordneter:

Güther, Claudius

Beigeordnete:

Ester, Gerd
Strobel, Angela

CDU-Fraktion:

Bart, Rolf	
Brand, Thorsten	
Busch, Judith	
Darting, Helmut	
Hoffmann, Gisela	
Kalbfuß, Thomas	entschuldigt
Michler, Christine	entschuldigt
Schneeganß, Peter	bis TOP 17
Steiniger, Johannes	
Wolf, Andreas	
Wolf, Markus	
Zaczkiewicz, Jana	

SPD-Fraktion:

Brust, Alexander	
Brust, Karl	
Kissel, Kerstin	bis TOP 13 (ohne Beschlussfassung)
Lang, Ralf	
Mackensen-Geis, Isabel	
Stepp, Ina	

FWG-Fraktion:

Freunscht, Jürgen
Günther, Axel G.
Karst, Uli
Krauß, Uwe
Krick, Frank
Schmitt, Jochen

FDP-Fraktion:

Dick-Walther, Petra	ab 17.50 (TOP 1)
Eymael, Jan	
Schubert, Walter	bis TOP 16

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Bruns, Johanna

Giel, Thomas, Prof.

Hagen, Judith

Heißler, Sibylle

Mühlbeier, Ralph

Stadtwerke GmbH:

Kistenmacher, Peter, Dr. bis TOP 12

Schlömer, Irina bis TOP 12

Verwaltungsmitarbeiter:

Janson, Kirsten bis TOP 16

Müller, Petra bis TOP 16

Schneider-Joseph, Christine

Sokolowski-Kühn, Maik

Wietschorke, Steffen

Schriftführerin:

Feigel, Stefanie

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Tagesordnungspunkt 1:

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

Tagesordnungspunkt 2:

Änderung der Hebesatzsatzung

Vorlage: 2025/0133/1.3

Bürgermeisterin Bauernschmitt stellt dar, dass die Tagesordnungspunkte 2 – 4 zusammenhängen und sie somit auch zusammenfassend beraten werden.

Beschluss:

Die Hebesatzsatzung der Stadt Bad Dürkheim über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern ab dem Jahr 2025 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Zugestimmt mit Stimmenmehrheit
Ja: 16 , Nein: 15 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 3:

Änderung der Vergnügungssteuersatzung

Vorlage: 2025/0134/1.3

Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Bad Dürkheim wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig mit Stimmenthaltung
Ja: 29 , Nein: 0 , Enthaltung: 2 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 4:

Beratung und Beschluss über die Nachtragshaushaltssatzung 2025 mit Haushaltsplan und den entsprechenden Anlagen

Vorlage: 2025/0111/1.3

Bürgermeisterin Bauernschmitt erinnert an die ausführlichen Vorberatungen in den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 27.5. und 10.6.2025.

Sie fasst nochmals die Gründe für die Aufstellung eines Nachtragshaushaltplanes zusammen und erläutert die geänderten Rahmenbedingungen seit Aufstellung des Haushaltplanes im Herbst 2024. Trotz aller Einsparungen sei es notwendig, die Hebesätze wie vorgeschlagen zu erhöhen, um handlungsfähig zu bleiben und eine volle Haushaltsgenehmigung zu erhalten.

Ratsmitglied Markus Wolf berichtet über die geänderten finanziellen Rahmenbedingungen, die nicht nur durch den vorläufigen Verzicht auf die Brunnenhalle gelöst werden konnten. Er betont die Problematik, dass Einsparpotenziale und Mehreinnahmen noch in 2025 wirksam werden müssen. Deswegen komme man nicht um eine Anhebung der Hebesätze herum, trotz aller Einsparungen der Verwaltung. Andernfalls wären Stadt und Stadtwerke nicht mehr handlungsfähig. Auch im Haushalt 2026 müsse nochmals alles auf den Prüfstand gestellt werden.

Ratsmitglied Kissel stimmt zu, dass aufgrund der Haushaltsslage die Erhöhung der Hebesätze kommen müsse, aber nicht in dieser Höhe. Teilweise seien Investitionen für das nächste halbe Jahr geplant, wo sie sich frage, ob diese umgesetzt werden. Sie schlägt vor, die Hebesätze in Stufen anzuheben, damit die Gewerbetreibenden nicht so stark belasten werden. Sie fordert eine Differenzierung der Hebesätze.

Daher sei es nicht möglich dem Haushalt oder der Hebesatzsatzung zuzustimmen.

Ratsmitglied Schmitt betont die Gründe neben der Therme, die zu dieser finanziellen Situation beigetragen haben. Die Mehrkosten der Therme seien nicht der einzige Grund, sondern eine Summe an Veränderungen. Die Erhöhung der Steuern sei stets das letzte Mittel. Insbesondere wenn sie rückwirkend erfolgen müsse. Es gebe aber keinen anderen Weg, wolle man einen shutdown der freiwilligen Leistungen verhindern. Er fordert für die FWG-Fraktion: 1. Keine weitere Anpassung von Abgaben

2. Für den Haushalt 2026 müssen alle Ausgaben auf den Prüfstand
3. Differenzierte Hebesätze
4. Mittelfristig Ausgabensteigerungen im Personalbereich reduzieren durch Outsourcen von Baubetriebshof- und Verwaltungsleistungen.

Ziel müsse außerdem sein, die Hebesätze wieder zu reduzieren. Anpassung von nicht kostendeckenden Leistungen für Dritte, z.B. Musikschule oder Bücherei für Auswärtige.

Zu überlegen sei auch, ob man sich die betreuende Grundschule neben der Ganztagschule weiterhin leisten wolle und könne.

Parkraumkonzepte sollen erstellt werden und intensive Kontrolle von Wohnmobilen durchgeführt werden.

Außerdem sollen alle adäquaten Möglichkeiten genutzt werden, Nachtrags- und Regressforderungen gegen Projektsteuerung und Architekten der Therme wegen unsachgemäßer Planung zu stellen.

Er stimmt für die FWG-Fraktion dem Nachtragshaushalt zu.

Ratsmitglied Hagen fordert die Einführung von differenzierten Hebesätzen. Über die jetzigen Steuerhöhungen hinaus dürfe es keine weiteren geben. Für den Haushalt 2026 wünscht sie weitere Einsparprozesse. Sie fordert interne Optimierungsprozesse, um Personalressourcen zu schonen. Die Verwaltung müsse effizienter werden.

Die Abrechnung von Sitzungsgeldern sollte nicht mehr in Papierform erfolgen.

Ihre Fraktion sei schon immer für eine kleinere Therme gewesen. Jetzt müsse man aber das Beste daraus machen. Die Therme müsse ein Erfolg werden.

Sie könne der Hebesatzsatzung nicht zustimmen, weil keine differenzierten Hebesätze enthalten seien und somit auch nicht dem Nachtragshaushalt.

Ratsmitglied Schubert führt aus, dass er sowohl den Nachtrag als auch die Satzungen ablehnen werde. Sein Lösungsvorschlag für die finanzielle Lage sei sparen. Er fordert die Kreistagsmitglieder auf, gegen eine Erhöhung der Kreisumlage zu stimmen.

Wenn der Stadtrat den Nachtragshaushalt ablehne, hätte man die Möglichkeit bis 30.9.25 einen neuen Nachtragshaushalt ohne Steuererhöhungen vorzulegen. Ein Sparhaushalt durch die Verwaltung müsse möglich sein.

Ratsmitglied Lang erinnert an den Vorschlag der SPD-Fraktion die im Nachtragshaushalt enthaltenen Kosten für die Brunnenhalle auf 300.000 € zu reduzieren. Dann müssten die Hebesätze weniger erhöht werden.

Wenn sich die finanzielle Situation verbessere, müssten die Hebesätze unbedingt wieder gesenkt werden. Soziale Leistungen dürften nicht gekürzt werden. Der Haushalt 2026 sollte besser vorbereitet werden, um einen Nachtragshaushalt zu vermeiden.

Ratsmitglied Krauß macht deutlich, dass die Ursachen für die jetzige Haushaltsslage schon länger abzusehen waren. Corona, Bauverzögerung, Preissteigerungen seien nicht erst neu aufgetreten. Anstatt von Steuerschätzungen solle man von einem Worst-Case-Szenario ausgehen und im Haushalt einplanen. Er werde gegen den Nachtragshaushalt stimmen.

Bürgermeisterin Bauernschmitt macht abschließend deutlich, dass man nicht gegen differenzierte Hebesätze sei, man aber die Rechtslage abwarten wolle.

Sie erinnert an eine Frage der Ratsmitglieder Hagen und Giel aus der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zur Veranschlagung der Kosten für den Vorbereich der Brunnenhalle und teilt mit, dass man hierzu in der übernächsten Sitzung des Bau- und Entwicklungsausschusses Ausführungen machen werde.

Beschluss:

Die Nachtragshaushaltssatzung und die entsprechenden Anlagen werden beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die im Rahmen des Nachtragshaushalts 2025 benannten Konsolidierungsmaßnahmen – insbesondere die Erstellung eines Parkraumkonzepts (Mehreinnahmen: 150.000 €) sowie die Verbesserung des Veranstaltungsergebnisses um ebenfalls 150.000 €- in den zuständigen Fachausschüssen zur Vorbereitung der Haushaltsberatungen 2026 aufzubereiten und vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: Zugestimmt mit Stimmenmehrheit

Ja: 16 , Nein: 15 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 5:

Parkraumbewirtschaftung Limburg
 hier: Einführung von Parkgebühren
 Vorlage: 2025/0107/2.3

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Sachverhalt ein und verweist auf die Vorberatung in der Sitzung des Bau- und Entwicklungsausschusses am 8.5.2025.

Sachgebietsleiter Sokolowski-Kühn berichtet darüber, dass man eine verbindliche Auskunft beim Finanzamt in Neustadt gestellt habe, wie sich die Erhebung von Parkgebühren auf den Vorsteuerabzug auswirken.

Bisher habe man keine Antwort des Finanzamtes erhalten. Aus Kreisen des Finanzamtes habe er aber die Information, dass das Urteil nicht als allgemein gültig erklärt werde. Er berichtet über eine Betriebsprüfung des Finanzamtes im Juli. Hier werde man mit dem Finanzamt diskutieren und eine Quote für den Vorsteuerabzug festlegen. Man könne aufgrund verschiedener Faktoren (Gaststätte, Tourismuskonzept, steuerpflichtige Veranstaltungen und Parkgebühren) die Vorsteuer abziehen. Es sei aber ein Unterschied, ob die Quote bei 50 oder 90 % liege.

Die Beteiligten einigen sich darauf nur Parkgebühren einzuführen, wenn die Betriebsprüfung des Finanzamtes zum Ergebnis habe, dass ein Vorsteuerabzug möglich sei. Auch die Beschaffung und Installation von Parkscheinautomaten soll entsprechend abgewartet werden.

Beschluss:

Auf dem derzeit unentgeltlich nutzbaren Parkplatz in unmittelbarer Nähe der Limburg soll in Abhängigkeit vom Ergebnis der Betriebsprüfung des Finanzamtes Neustadt zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Parkraumbewirtschaftung eingeführt werden, sofern ein Vorsteuerabzug möglich ist.

Die Verwaltung wird beauftragt, die technische und organisatorische Umsetzung der Maßnahme vorzubereiten. Hierzu gehören insbesondere die Beschaffung und Installation eines Parkscheinautomaten, die Einrichtung einer digitalen Bezahlmöglichkeit, die Aufstellung der erforderlichen Beschilderung sowie die Durchführung begleitender Öffentlichkeitsarbeit.

Die Nutzungsgebühren werden wie folgt festgesetzt:

- Bis 1 Stunde: 1,00 €
- Bis 2 Stunden: 2,00 €
- Tagesticket (max.): 3,00 €

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 6:

Gebührenordnung für die Benutzung von Parkplätzen in der Stadt Bad Dürkheim

- Einführung von Parkgebühren auf dem Limburg-Parkplatz

- Aufhebung der Gebührenfreiheit für E-Fahrzeuge

Vorlage: 2025/0147/2.3

Entsprechend der Beratungen zu Tagesordnungspunkt 5 beantragt Ratsmitglied Dick-Walther, dass die Gebührenordnung erst am 1.8. oder 1.9.2025 in Kraft tritt, nachdem die Ergebnisse der Betriebsprüfung des Finanzamtes vorliegen. Der Gebührenordnung könne für § 4 Nr. 6 nur unter Vorbehalt zugestimmt werden.

Beschluss:

Der überarbeiteten Gebührenordnung für die Benutzung von Parkplätzen in der Stadt Bad Dürkheim wird zugestimmt.

Die Zustimmung steht für § 4 Nr. 6 unter dem Vorbehalt des Ergebnisses der Betriebsprüfung des Finanzamtes, sofern ein Vorsteuerabzug möglich ist.

Inkrafttreten und Veröffentlichung der Gebührenordnung erfolgt erst nach Erhalt des Ergebnisses der Betriebsprüfung des Finanzamtes.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 7:

Änderung der Verbandsordnung für den Zweckverband Pfalzmuseum für Naturkunde,

Pollichia-Museum

Vorlage: 2025/0088/FB1

Beschluss:

Der Änderung der Verbandsordnung des Zweckverbands Pfalzmuseum für Naturkunde wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 8:

Zukünftiger Betrieb der öffentlichen Waage im Ortsteil Ungstein
hier: Beschluss über den weiteren Betrieb
Vorlage: 2025/0101/2.4

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Sachverhalt ein und verweist auf die Vorberatungen in die Sitzungen des Ortsbeirates Ungstein und des Haupt- und Finanzausschusses.

Beschluss:

Die öffentliche Waage im Ortsteil Ungstein wird nicht erneut geeicht. Der Betrieb wird übergangsweise aufrechterhalten, solange der bisherige Wäger die Bedienung weiterhin übernimmt. Nach dessen Ausscheiden wird der Betrieb der Waage eingestellt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 9:

Benennung des Platzes vor dem Bürgerhaus/der Turnhalle Hardenburg in "Alter Schulhof"
Vorlage: 2025/0106/2.4

Bürgermeisterin Bauernschmitt verweist auf die Vorberatungen im Ortsbeirat Hardenburg und im Haupt- und Finanzausschuss.
Ortsvorsteher und Ratsmitglied Brand informiert, dass am Kerwemontag um 19.00 Uhr der Platz entsprechend gewidmet werde.

Beschluss:

Der Platz vor dem Bürgerhaus / der Turnhalle Hardenburg, gelegen an der Kaiserslauterer Straße, erhält die offizielle Bezeichnung „Alter Schulhof“.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 10:

Neubesetzung in städtischen Ausschüssen und im Klimabeirat
Vorlage: 2025/0139/FB1

Anmerkung: Bürgermeisterin Bauernschmitt hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Beschluss:

Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion wählt der Stadtrat

Frau Regina Zienczyk zum Mitglied im Kulturausschuss
Herrn Karlheinz Bayer zum 2. Stellvertreter im Kulturausschuss
Frau Carolin Sperk zur 3. Stellvertreterin im Kulturausschuss
Frau Ulrike Wolfert zur 4. Stellvertreterin im Kulturausschuss
Herrn Frank Kilian zum 5. Stellvertreter im Kulturausschuss
Frau Sabine Mühlroth zur 6. Stellvertreterin im Kulturausschuss

Frau Monika Bürger zur 3. Stellvertreterin im Schulträgerausschuss und im Sozialausschuss
Frau Beate Müller zur 4. Stellvertreterin im Schulträgerausschuss und im Sozialausschuss
Frau Sabine Mühlroth zur 5 Stellvertreterin im Schulträgerausschuss und im Sozialausschuss
Herrn Jürgen Müller zum 6. Stellvertreter im Schulträgerausschuss und im Sozialausschuss

Frau Sabine Mühlroth zum Mitglied im Klimabeirat

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 11:

Sachstand Therme

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher informiert über den aktuellen Sachstand zur Therme an Hand einer Beamer Präsentation.

Er teilt mit, dass der Ausgabestand derzeit bei 38,1 Millionen, € die Budgetplanung bei 48,3 Millionen € liege.

Tagesordnungspunkt 12:

Eintrittspreise Therme
Vorlage: 2025/0143/SW

Bürgermeisterin Bauernschmitt berichtet über die Festsetzung der Eintrittspreise durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH. Geschäftsführer Dr. Kistenmacher stellt die Eintrittspreise an Hand einer Beamer-Präsentation vor und beantwortet verschiedene Fragen der Ratsmitglieder.

Anmerkung: Die Präsentation ist in das Ratsinformationssystem eingestellt.
Er teilt mit, dass Projektsteuerung und Bauleitung an dem geplanten Eröffnungstermin Ende September weiter festhielten. Allerdings werde man die Probephase bereits verkürzen müssen.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt das vom Aufsichtsrat der Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH beschlossene Konzept der zukünftigen Eintrittspreise des Salinarius mit Therme zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Zustimmend zur Kenntnis genommen

Tagesordnungspunkt 13:

"Förderung der Gleichstellung durch weibliche Straßennamen in Bad Dürkheim"; Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 9.6.2025

Vorlage: 2025/0146/FB2

Ratsmitglied Bruns erläutert und begründet den Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Förderung der Gleichstellung durch weibliche Straßennamen in Bad Dürkheim“ vom 9.6.2025.

Bürgermeisterin Bauernschmitt verdeutlicht das derzeitige Missverhältnis. Von 297 Straßen seien 40 nach Personen benannt, davon 38 Männer, ein Adelsgeschlecht und nur eine Frau. Sie begrüße daher grundsätzlich sich dem Thema anzunehmen. Paritätische Verhältnisse seien nur sehr langfristig erreichbar. Aus ihrer Sicht sollten nicht ausschließlich, sondern vorrangig Frauennamen verwendet werden.

Sie weist darauf hin, dass die Stadtverwaltung über kein eigenes Stadtarchiv mehr verfüge, sondern sich dem Landesarchiv in Speyer angeschlossen habe.

Sie erinnert daran, dass die neutralen Straßennamen im Fronhof sehr gut angenommen worden seien.

Ratsmitglied Mackensen-Geis begrüßt den Antrag. Es sei gut, sich entsprechende Ziele zu setzen. Die Benennung des Platzes unter TOP 9 hätte eine erste Maßnahme sein können.

Ratsmitglied Günther führt aus, es bestehe ein deutliches Missverhältnis. Man sollte sich einen selbstverpflichtenden Grundsatz geben und vorzugsweise bei Personenehrungen Frauen berücksichtigen. Auch Ratsmitglied Schubert begrüßt den Antrag, schließt sich aber seinen Vorrednern an, anstelle ausschließlich vorrangig Frauennamen zu verwenden. Er schlägt vor, die Rot-Kreuz-Straße umzubenennen, da das Rot-Kreuz-Haus dort schon lange nicht mehr angesiedelt sei.

Ratsmitglied Markus Wolf erinnert an den Prozess der Straßenumbenennungen. Hier war Rosa Maas bereits vorgesehen, aber auch Johannes Fitz sollte eine Straße bekommen. Mit dem vorgeschlagenen Beschluss könnte nach Johannes Fitz keine Straße mehr benannt werden. Das sei nicht akzeptabel. Ebenso seien neutrale Straßennamen wie im Fronhof nicht mehr möglich. Er weist darauf hin, dass in Kürze keine Straßennamen anstünden. Es handele sich somit um einen reinen Vorsorgebeschluss.

Ratsmitglied Hagen entgegnet, andere Städte hätten diesen Grundsatzbeschluss gefasst. Es gehe um eine politische Grundsatzentscheidung für zukünftige Jahre. Eine Formulierung mit Bindekraft. Ratsmitglied Giel ergänzt, es solle eine Liste erstellt werden, welche Frauen es wert seien, mit einem Straßennamen gewürdigt zu werden.

Ratsmitglied Dick-Walther findet neutrale Straßennamen, z.B nach Rebsorten wie im Fronhof nicht verwerflich. In vielen Städten seien aus kulturhistorischen und gesellschaftlichen Gründen Straßen nach Männern benannt. Die Formulierung im Antrag „ausschließlich“ müsse reduziert werden auf „vorrangig“. Dies sei ein deutliches Signal Gleichberechtigung umzusetzen.

Ratsmitglied Lang schließt sich an und schlägt vor, die Nr. 2 und 3 des Antrags zur weiteren Beratung in den Kulturausschuss zu verweisen.

Ratsmitglied Steiniger hält die Diskussion über den Antrag für reine Symbolpolitik. Er verstehe die Diskussion nicht. Bei der nächsten anstehenden Straßennennung habe man auch Frauen im Blick.

Ratsmitglied Giel teilt mit, dass er mit einer Änderung im Antrag von „ausschließlich“ auf „vorrangig“ einverstanden sei.

Ratsmitglied Brand erinnert an den Stadtratsbeschluss vom 28.3.2023 im Rahmen der Straßenumbenennung, wonach Rosa Maas und Anna Bergner in Bälde eine Straße oder ein Platz gewidmet werden sollen und bei der Benennung von Straßen und Plätzen in

Neubaugebieten zukünftig verstärkt Frauennamen berücksichtigt werden sollen. Der Antrag sei daher nicht nötig.

Bürgermeisterin Bauernschmitt stellt fest, dass von der Zuständigkeit eine Verweisung in den Bau- und Entwicklungsausschuss erfolgen müsste.

Sie macht folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Stadtrat nimmt den Antrag zur Förderung der Gleichstellung durch weibliche Straßennamen in Bad Dürkheim zur Kenntnis und verweist diesen an den Bau- und Entwicklungsausschuss zur weiteren Beratung mit der Vorgabe, bei künftigen Straßenbenennungen weibliche Straßennamen vorrangig zu berücksichtigen. Hierzu wird bereits im Vorfeld etwaiger Straßenumbenennungen eine Liste mit geeigneten Namensvorschlägen unter Einbeziehung lokaler Historiker:innen und den Kolleg:innen des Stadtmuseums erarbeitet.“

Ratsmitglied Giel kann einem Verweis in den Bau- und Entwicklungsausschuss nicht zustimmen und beantragt die sofortige Abstimmung.

Bürgermeisterin Bauernschmitt lässt über den Antrag „Förderung der Gleichstellung durch weibliche Straßennamen abstimmen“. In Nr. 1 des Antrags wird „ausschließlich“ durch „vorrangig“ ersetzt.

Beschluss:

1. Bei der Benennung neuer Straßen in Bad Dürkheim werden zukünftig vorrangig Frauennamen verwendet, bis ein ausgewogenes Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Straßennamen erreicht ist.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Liste mit geeigneten Namensvorschlägen zu erstellen. Dabei sollen insbesondere Frauen berücksichtigt werden, die einen Bezug zur Stadt oder Region haben oder sich durch besondere Leistungen in Wissenschaft, Kultur, Politik oder Gesellschaft ausgezeichnet haben.
3. Bei der Erstellung sollen lokale Historiker*innen, das Stadtarchiv sowie interessierte Bürger*innen einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis: Ja: 12 , Nein: 14 , Enthaltung: 4 , Befangen: 0

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 14:

Informationen

Es werden keine Informationen erteilt.

Tagesordnungspunkt 15:

Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende, Bürgermeisterin Bauernschmitt, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.53 Uhr.